

den soll, gibt der Fragebogen aus, dann die Befunde tigen Fähigkeiten d. gesundheitsförmlichen. Natürlich sollen dern auch die ge- merksamkeit und -gabe und der lo- festgestellt werden.

enigend, nicht ge- den, ob besonders et, nicht geeignet. i der noch inten- arbeit von Grund- leren bezw. höhe- müssen möglich- gentlichen Besuche r an der höheren Schulen — eben e in die höhere Besuche alle heu- gentlichen Besuche nen Städten mag In Landgemein- doch wünscht der it der Lehrer in kommt, daß nun, -nahme melden, als Prüfung nicht ver- also nicht ganz einheitlich für alle e, wie überhaupt, nwerber möglich- n vollziehen. Das g. Auch ist der im -geeignetheit not- Besondere Fälle -gang durch die ist kann wie bis- wertung der Lei- chlich die bisher- etracht kommen- (Jahr) aus. Vor- sleife samt Zilen -erden.

erfahren und die ch fernerhin ge- en die Texte zu -rg, die Lübecker -nische Institute -a wohl auch in -bewährt haben

das neue Bü- chren die Bedin- nachfolgender t die Zeit eines sind nach einem diese Maßnahme -sehen und wohl -nehmen. Es sind -teuordnung vor- gt werden, daß n und pädagogi- -uf guten Willen -gelegenheit des -weiterführende -reilich bei allen -ziehungsberech- Eltern werden -beratungen und e Charakteristi- -Fälle gegen ein

haben, daß die e künftige nach -mmenheit ver- d Schülerinnen, e mittleren und f angenommen -ile von Jugend

Wüchert-Leipzig

es Katholizismus die Unterschiede en, daß im kriti- thologismus steht. volle Bestimmung, aben weckt, zieht ten Vortrag sagt mit mir, als solle -es und Wäles . Ich kann ihr r eine unrichtige -fahren in ihr. -des lutherischen -rage der Abend- Reformierten in

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Wüchert-Leipzig

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.35 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 80.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 8. April 1931.

13. Jahrgang.

Wer sein selbst Meister ist
Und sich beherrschen kann,
Dem ist die weite Welt
Und alles untertan.

Flemming.

Die anderen und wir.

Von Atlanticus.

In letzter Zeit findet man häufig in vielen deutschen Blättern Äußerungen von Ausländern über Deutschland und die deutschen Verhältnisse angeführt, die nach der jeweiligen parteipolitischen Einstellung der betreffenden Zeitungen verschieden ausgemünzt werden. Bei der unausrottlichen Eigenart der meisten Deutschen, allem Fremdländischen besondere Beachtung zu schenken und Ausprüche von Ausländern besonderen Wert beizumessen, besteht die Gefahr, daß sich in weitesten Kreisen unseres Volkes Meinungen festsetzen, die für unsere deutschen Belange unerträglich sind.

Nicht umsonst hat das Ausland, durch die Erfolge seiner meisterhaft ausgezogenen Kriegspropaganda ermutigt, auch jetzt, wo die Waffen ruhen, oder besser gesagt, der Vernichtungskrieg mit anderen Mitteln fortgesetzt wird, fortgefahren, mit seinen Methoden den Deutschen beizukommen, leider mit nicht weniger Erfolg, als im Kriege. Nur ein einziges Mal hat es beunruhigt auf Deutschland geblickt, weil es glaubte, es könne doch ein Fehler in seiner Rechnung sein, Deutschland sei doch wohl besser, als man glaubte.

Das war gleich nach den Wahlen vom 14. September vergangenen Jahres, als der Ueberraschungssieg der Nationalsozialisten zeigte, daß es denn doch noch ein anderes Deutschland gäbe, als das bisher gekannte, ein Deutschland, das, ohne Waffen und mit einer bis ins innerste Mark erschütterten und ausgefogenen Wirtschaft, bereit sei, alle Pläne, so fein sie auch ausgeklügelt, über den Haufen zu werfen. Es ist leider damals viel zu wenig beachtet, daß der Eindruck des nationalsozialistischen Sieges in England einen der Führer der antideutschen Politik veranlaßt, einige verbindliche Artikel ausgerechnet dem „Bölkischen Beobachter“ zu widmen. Lord Rothermere, der Besitzer der „Daily Mail“, wollte offensichtlich damit vorsorglich eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen, falls der Nationalsozialismus an die Regierung kommen sollte.

Heute, nach knapp einem halben Jahr, ist davon keine Rede mehr. Man ist im Ausland des Glaubens, daß auch jetzt wieder, wie zu allen Zeiten deutscher Einbußen, der deutsche Lohi auf dem Posten ist, sich treu und brav jedem Versuch einer Befreiungsaktion widersetzen wird. Wer das Ausland kennt, wirklich kennt, weiß, daß in keinem anderen Lande der Welt sich die Macht haben das Auspielen einer solchen Trumpfkarte, wie es die nationalsozialistische ist, hätten entgehen lassen. Es ist „deutsche“ Politik in Reinkultur, nicht nur auf das Auspielen der Karte zu verzichten, sondern sie hübsch säuberlich beiseite zu legen, wie es ein Anfänger im Spiel mit dem „Joker“ zu machen pflegt. Und der deutsche Joker selbst? Er schaltet sich selbst aus, ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, der die denkbar günstigen Chancen bot, um zu beweisen, daß man gelernt habe, wirklich politisch zu handeln, wie etwa — das Zentrum.

Wer kann sich da wundern, daß das Ausland seine Kreise ruhig weiter zieht? Wenn schon einmal, wie jetzt mit dem deutsch-österreichischen Zollabkommen, sich eine „erstaunliche Aktivität“ Deutschlands zeigt, so versucht man durch lächerliche Entrüstungsmanöver den braven Michel auszubluffen. Es wird leider nur wenige geben, die an das Mißlingen dieses Bluffs zu glauben vermögen.

Warum aber kann sich das Ausland solch ein billiges Spiel mit uns leisten? Einfach darum, weil die „öffentliche Meinung“ Deutschlands selbst bei den lebenswichtigsten Fragen sich den Teufel darum kümmert, was in Deutschlands, der deutschen Volksgemeinschaft Interesse liegt, sondern nur darum, ob dies oder jenes zum angebotenen Partei-Programm, zu den gänzlich unwesentlichen Partei-Prinzipien paßt oder nicht paßt.

Beruhigt unterstützt der eine selbst die handgreiflich unklüglichen Maßnahmen der „Reute oben“, denn ihm hat ja ein britischer Freund aus dem einflussreichen Kreise derer um die „Union of democratic Control“ geschrieben, der Gedanke der Völkerverständigung marschiere, und bald, gar bald... Was macht es da aus, wenn man weiter geduldet an den immer schwerer werdenden Ketten schleppt — bald, gar bald soll ja die Sonne allen strahlen, alle gleichmäßig anlassen! Arme Betrogenen!

Ein anderer schwört auf die Aussprüche, die irgendein harmloser französischer Kreuzritter von sich gegeben hat, und bedenkt nicht, daß die Macht haben Frankreichs, unterstützt und getragen von der wahren öffentlichen Meinung ihres Landes, nie und nimmer die Prinzipien des ehrenwerten Konventes der Kreuzritter zur Richtschnur ihres Handelns machen werden, nicht wollen und auch nicht können.

Gewiß, es wäre herrlich und rastloser Bemühung wert, die Dinge so zu drehen, daß nur noch „Reute guten Willens“ die Beziehungen der Völker untereinander zu regeln haben. Wir dürfen uns aber durch keine noch so schönen und edlen Regungen der Gott zugewandten Seele den Blick für die Wirklichkeiten trüben lassen. Gott war stets mit den stärksten Bataillonen, und wird es immer sein, solange nicht von den Menschen die rein menschlichen Triebe des Kampfes und Behauptungswillens genommen sind. Wer aber könnte das wünschen? Wer könnte wünschen, daß die Welt von menschlichen Lebewesen bewohnt würde, die weltabgewandt, immer nur der Spielball sein würden einzelner Exemplare, in denen das Rassegelübt nicht zu ertönen ist, und auch nicht der Kampfinstinkt: „Frisz oder werde getroffen!“

Alles und jedes hat seine Zeit, seinen Zweck, und alles nur in den von der Vorsehung bestimmten Grenzen. Man stelle sich einmal vor, Bismarck sei einer der französischen Kreuzritter gewesen, oder ein prominentes Mitglied der Union of democratic Control oder gar der sogenannten Deutschen Friedensgesellschaft, und hätte mit den „Prinzipien“ dieser, gewiß ehrenwerten, Gesellschaft Deutschlands Einigung herbeiführen wollen. Niemals hätten wir die Wiedergeburt des Deutschen Reiches erlebt. Wir wären schlimmer dran selbst als heute. Es gäbe keine deutsche Nation, deren Vorhandensein man doch, trotz aller widerlichen Zänkerei untereinander, nicht gut ablegen kann.

Das Bestehen dieses Reiches ist Grund genug für die Feindbündestaaten — es muß der Ehrlichkeit widerstreben, das Wortchen „ehemalig“ hinzuzufügen, denn sie sind es heute genau so, wie vor siebenzehn Jahren — alle möglichen Niederhaltungsmanöver gegen uns anzuwenden, denn schließlich könnte doch noch einmal der furor teutonius erwachen und sich durchsetzen. Es ist eine alte, gute Spielregel der britischen Politik: „First knock him down, then ask him, what he wants.“ („Erst schlage ihn nieder, dann frage ihn nach seinen Wünschen.“) Tiefer Maxime entspricht es durchaus, wenn, da wir nicht ganz zu erlebigen waren, mit anderen Mitteln die Abwürgungspolitik fortgesetzt wird.

Darüber müssen wir uns klar sein, daß man, vornehmlich in England, nicht ganz ohne Besorgnis auf dieses Volk der Deutschen blickt, das sich mit geradezu übermenschlicher Kraft gegen den Untergang wehrt, das mit einer beispiellosen Geduld nicht nur die Leiden des Krieges ertrug, sondern die noch viel schwereren der letzten zwölf Jahre, Leiden, die eine furchterliche Strafe sind für die eigene Schuld am Verlust des aufgezwungenen Krieges und an der verlorenen Achtung aller, die in sich die Bewahrung aller männlichen Tugenden, auch als ein Gottesgebot, hochhalten. Wir dürfen ferner nicht verkennen, daß es nicht so ist, wie man öfter hört, England habe genug mit sich selbst zu tun, es sei in hilflose Hörigkeit von Frankreich geraten, und könne daher, selbst, wenn es wolle, unser Los nicht erleichtern. Das liegt ja gar nicht in Englands Interesse. Die ewigen Qualereien, denen wir ausgesetzt sind, werden kein Ende nehmen, bis entweder wir als Nation selbst ein Ende genommen haben, oder die deutsche Politik sich zu einer festen und energischen Abkehr von der bislang inne gehaltenen Linie aufrafft.

Die Welt sieht in der Tat anders aus, als sie sich in den Köpfen unserer Pazifisten und sonstiger unverbesserlicher Idealisten ausmalt, und die Welt schätzt uns ganz anders ein, als gewisse Ideologen des Auslandes uns glauben machen wollen. Es war immer schon so, daß die Macht haben in England, in Frankreich, in Amerika, wohl wissen, daß Deutschland nicht so ist, wie es in der bekannten, in deutscher Sprache geklebten „Weltpresse“ gezeichnet wurde, aber man nutzte gern die unfreiwillige Hilfsstellung aus, um seine Einkreisungspolitik gegen Deutschland voran treiben zu können.

Ist Englands Gegnerschaft vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, auf wirtschaftliche Ursachen, auf ganz gewöhnlichen Handelsneid, zurückzuführen, so handelt Frankreich aus reinen machtpolitischen Interessen. Frankreich weiß nur zu gut, daß alles Gold der Welt nicht imstande ist, ein absterbendes Volk von einigen dreißig bis vierzig Millionen vor der Vernichtung durch ein, in seiner Kraft noch ungebrochenes Nachbarvolk von sechzig Millionen zu bewahren, noch dazu, wenn diesem

Volk der Lebensraum so beschnitten ist wie uns. „Eines Tages muß doch die Rot das Eisen brechen“, so denkt man in Frankreich. Was schließlich Amerika betrifft, so war seine Politik immer bestimmt von den Interessen des dort übermächtigen, international verfilzten, Kapitals. Die reine Geldsackpolitik, wie sie dort so kraß zutage tritt, kennt weder Liebe noch Haß aus ideellen Gründen. Gewiß, es gibt auch in Amerika Menschen, die nicht bar jeder ethischen Regung sind, aber sie sind einflusslos in puncto Politik. Die amerikanische Liebestätigkeit bestimmter amerikanischer Kreise nach dem Kriege soll keineswegs verkleinert werden, aber wir sollten auch nicht vergessen, daß die Summen dafür erst am Kriege verdient wurden, und daß sie niemals die Wunden heilen, die Toten erwecken können, die dank Amerikas Eintritt in den Krieg, um des Kriegsverdienstes willen, geschlagen worden sind.

Kein anderes Volk in der ganzen weiten Welt hat es so nötig, wie das deutsche, allen Schmalmeinklängen gegenüber harthörig zu sein. Wir mögen getrost hinnehmen, was uns von den anderen an lieblich klingendem geboten wird, aber wir sollten es richtig einschätzen, uns immer dabei vor Augen halten, was Bogislaw v. Selchow ausrief:

„Erst kommt mein Volk, und dann die andern vielen!“

Völkerverständigung und Völkerverständigung ist gewiß ein Ziel, schön und erstrebenswert, aber wichtiger ist, zunächst für das eigene Volk erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen und sie zu sichern, sonst wird es, dem schönen Ziel nachjagend und blind für die lauernden Gefahren am Wege, auf der Strecke bleiben. Die Gefahr ist für unser deutsches Volk riesengroß, die Mahnung „Deutschland erwache!“ deshalb nur zu berechtigt.

Der Verfasser teilt uns im Hinblick auf den oben erwähnten britischen Zeitungsbesitzer Lord Rothermere mit, daß die oft gehörte Behauptung, Lord Rothermere, sein verstorbener Bruder Lord Northcliffe, die mit Familiennamen Harmsworth hießen, stammten von einer Frankfurter jüdischen Familie Stern ab, nicht stimmt. Die Harmsworths entstammen einer seit mehreren Jahrhunderten in Irland lebenden Bauernfamilie. Lord Northcliffe, der älteste der Gebrüder Harmsworth, ist im besten Sinne des Wortes ein Selbmademan gewesen und hat seinen Brüdern den Weg geebnet. Keiner der Harmsworth hat irgend etwas Jüdisches an sich, weder im Aussehen, noch im Wesen. Das Gesicht, wie der ganze Kopf aller Brüder, zeigt den typischen Ausdruck und Form rassistischer Jelländer.

Die wirkliche Wirtschaft.

Die deutsche Nachkriegsnot hat dazu geführt, daß die Wirtschaftsfragen immer mehr in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses gerückt sind. Es ist eine Flut von wirtschafts- und sozialpolitischen Schriften aller Art auf dem Büchermarkt erschienen. Aber nur ein Bruchteil von ihnen ist es wert, daß man sich eingehender mit ihnen beschäftigt. Und nur wenige legt man mit der erfreulichen Feststellung aus der Hand, seine Zeit mit ihrer Lektüre nicht unnütz verschwendet zu haben, sondern ihnen einen Gewinn, eine Bereicherung und Vertiefung unseres wirtschaftswissenschaftlichen Rüstzeugs zu verdanken. Zu diesen wenigen Büchern gehört „Die wirkliche Wirtschaft“ von Dr. Ludwig Reiners, auch wenn man vielleicht — je nach der inneren Einstellung — hinter die eine oder andere seiner Deutungen ein Fragezeichen zu machen versucht ist.

In einem leicht verständlichen Frage- und Antwortspiel und an Hand sehr instruktiver graphischer Darstellungen versteht es der Verfasser vortrefflich, einen kurz zusammengefaßten, aber sehr klaren Anschauungsunterricht über die brennendsten wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenwartsprobleme zu erteilen und mit manchen falschen Vorstellungen aufzuräumen, wie man ihnen bei den üblichen, leider allzu üblichen Diskussionen über das komplizierte Gebiet der Volkswirtschaft auf Schritt und Tritt begegnet.

Reiners beginnt mit der Bevölkerungsfrage, die er bis ins einzelne zu beleuchten versucht. Er weist mit Nachdruck auf die entscheidende Bedeutung unseres gegenwärtigen bevölkerungspolitischen Altersaufbaues hin, der gegenüber dem früheren Stand durch die zwei Millionen Kriegsverluste und den starken Anstieg der Kriegsgeburten und den seelischen und materiellen Druck der Nachkriegsnot auf die Geburtenhäufigkeit ein wesentlich anderes Gesicht bekommen hat. Der anormal hohe Anteil der Mitteljahrgänge (von 15 bis 50 Jahren), denen also verhältnismäßig wenig Kinder und Große

gegenüberstehen, erklärt auch die vorerst noch relativ günstige Sterbeziffer des deutschen Volkes. Mit Recht aber hat Burgdörfer, der bekannte deutsche amtliche Bevölkerungsstatistiker, diesen Tatbestand als „eine Hypothek des Todes“ bezeichnet, die auf unserem Bevölkerungsaufbau ruhe. Auch unsere gegenwärtige Geburtenziffer ist eine „optische Täuschung“ oder doch wenigstens eine vorübergehende Erscheinung, da wir zur Zeit viel mehr Frauen im gebärfähigen Alter haben, als dies bei einem normalen Altersaufbau der Fall wäre. Die weithin bestehende Auffassung, daß unser derzeitiger Rückgang der Geburtenziffer lediglich durch unsere mangelhafte Wirtschaftslage der Nachkriegsjahre verursacht sei, widerlegt Reiners an Hand überzeugenden Beweismaterials. Denn der Rückgang unserer Geburtenziffer datiert ja gar nicht erst seit dem Kriege, sondern bereits seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts. Mit dem Jahre 1880 beginnt die Geburtenziffer in fast allen Kulturstaaten ständig zu sinken. Zwischen 1875 und 1914 fiel die Geburtenziffer in England, Deutschland, Skandinavien, Italien, Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten um etwa ein Drittel. Reiners geht dann näher auf die physischen und psychologischen Ursachen des Geburtenrückganges ein, um dann besonders auch die verhängnisvolle Wirkung der deutschen „Verstädterung“ herauszustellen, gegen die die „Völkerwanderung wie ein Schulausflug“ anmüde. Auch an der konfessionellen Seite des Bevölkerungsproblems geht Reiners nicht vorüber. So kommen z. B. auf 100 jüdische Ehen 169 Kinder, auf 100 protestantische Ehen 195 und auf 100 katholische Ehen 273 Kinder. Wo Katholiken in der Diaspora, d. h. verstreut unter Protestanten leben, ist ihre Geburtenziffer geringer als bei den Katholiken der geschlossenen katholischen Gemeinden. Es färbt hier gleichsam die Weltanschauung der Protestanten ab. Die streng katholischen, kapitalistisch noch nicht voll entwickelten, halb agrarischen Länder wie Italien, Spanien, Polen und Rumänien weisen die weitaus stärksten Geburtenziffern auf. Die geburtsvernichtende Wirkung des Großstadtlebens zeigt der Wasserkopf Berlin besonders deutlich. Hier, wo die „Rationalisierung des Seelenlebens“, die „Emanzipation der Frau“ usw. eine besonders führende Rolle spielen, finden wir nicht nur die niedrigste Geburtenziffer Deutschlands, sondern der ganzen Welt. Sie ist noch um ein Drittel niedriger als die von Paris und London.

Interessant ist auch der Hinweis, auf den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Kapitalmarkt. So erklärt Reiners die verhältnismäßig hohe Kapitalbildung Frankreichs (auch schon vor dem Kriege) weitgehend aus dem geringen Bevölkerungswachstum Frankreichs. Auch die relativ hohe Sparziffer des Nachkriegs-Deutschland erklärt Reiners (z. T. wenigstens) daraus, daß Deutschland gegenwärtig 5 Millionen Kinder weniger hat als 1913. Die dadurch verursachte jährliche Minderausgabe von 1—2 Milliarden Goldmark kommt nunmehr — wenn auch nicht im vollen Betrage — dem Sparkapital zugute. Im übrigen verspricht sich Reiners bezüglich der Bevölkerungsentwicklung von einer Sonderbesteuerung etwa der Junggeheirateten nicht das geringste. „Mit ihr erreicht man im besten Falle hohe Heirats- und Scheidungsziffern, aber keine hohen Geburtenzahlen. Eine einschneidende Wandlung ist nur von einer tiefen Umstellung zu erwarten. Wirtschaftliche Maßnahmen auf diesem Gebiete können nur ergänzend wirken.“

Reiners wirft dann die Frage auf, wofür das deutsche Volk sein Geld ausgibt, macht uns vertraut mit dem schwierigen Geld-, Kapital- und Zinsproblem („Zwei Dinge pflegen die Menschen um den Verstand zu

bringen: „Die Liebe und das Nachdenken über das Wesen des Geldes!“ hat der englische Staatsmann Gladstone einmal gesagt!), sucht Klarheit darüber zu vermitteln, warum die Geschäfte bisweilen so schlecht gehen, behandelt besonders ausgiebig die Arbeitslosenfrage, die soziale Schichtung, das Konjunkturproblem und das besonders aktuelle Gebiet der öffentlichen Finanzen.

Zwar tritt Reiners in dem Kapitel über die Probleme der öffentlichen Finanzen mit aller Entschiedenheit der Beamtenhege entgegen, unterzieht aber im übrigen das öffentliche Finanzgebaren einer sehr scharfen Kritik. Reiners erkennt an, daß die zehn Milliarden öffentlicher Mehrausgaben, die wir trotz der 1,5 Milliarden-Ersparnis an Wehr- und Polizeietat gegen früher jährlich tätigen, zum Teil zwangsläufig sind. Aber den reinen Verwaltungsaufwand, also die Ausgaben für unseren öffentlichen Verwaltungsapparat, nennt er „unbegreiflich hoch“. So kosten uns die Behörden, welche die 1,5 Milliarden Kriegspensionen auszahlen, über 50 Millionen Mark. Die Wohlfahrtsbehörden verschlingen einen reinen Verwaltungsaufwand von 150 Millionen, die Behörden für Schuldendienst 20 Millionen. Für Neubauten von Verwaltungsgebäuden, Krankenhäusern usw. werden jährlich mehrere hundert Millionen aufgewandt, wozu noch erhebliche Beträge für ähnliche Bauten der Reichsbahn, der Reichspost und Sozialversicherung kommen. Infolgedessen sind die öffentlichen Lasten heute derart hoch, daß der einzelne Deutsche 3—4 Monate im Jahr für den Staat, 1 Monat für die Sozialversicherung und 7 Monate für seine Nahrung, Kleidung und sonstigen Bedürfnisse arbeiten muß. Scharf geißelt Reiners auch das bestehende Steuersystem, das heute zu einer „Geheimwissenschaft hochgezahlter Fachleute“ geworden sei. „Vor dem Kriege lagte man über die Nachtgallensteuer in Hessen, die Taubensteuer in Schaumburg-Lippe, die Wasserlosetsteuer in Lübeck. Dafür haben wir heute Kagen-, Klawier-, Automaten-, Zuckertiersteuern usw., im ganzen sind es 350 verschiedene Steuern. Der gewerbliche Betrieb muß heute an fast hundert Terminen im Jahre Steuererklärungen abgeben oder Steuern bezahlen. Die scharfsinnigsten Köpfe der Nation haben allmählich eine Steuerliteratur geschaffen, die an Umfang das ganze hinterlassene Schrifttum der Hellenen übertrifft!“ — „Der Staat ist heute Sojus aller Unternehmungen geworden, und zwar ein überaus bevorzugter Sojus. Er nimmt nur am Gewinn teil, nicht am Verlust, ja er erhält sogar bei einem Verlustabschluß einen erheblichen Betrag ausgezahlt. Sein Anteil steigt unter Umständen auf 50 Prozent des Reingewinns. Wenn also ein Geschäftsmann eine riskante Transaktion vorhat, z. B. eine Erweiterung seines Geschäftes, dann muß er sich fragen: gelingt sie, dann erhalte ich vom Gewinn nur 40 oder 50 Prozent, geht sie schief, dann trage ich den Verlust ganz.“ Und er läßt die Finger davon. „Es ist ja ein Kinderglaube, anzunehmen, daß ein Steuersystem wie das heutige deutsche nicht abbremsend auf die Unternehmertätigkeit wirken muß. Man wird zugeben müssen, daß viele Staatsleistungen die Produktivität auch fördern, aber diese Hilfen können nicht den Schaden ausgleichen, den das Uebermaß der öffentlichen Last anrichtet.“

Dies einige wenige, willkürlich aus dem Buch herausgegriffene Gedankengänge. Es ist — wie bereits eingangs erwähnt — durchaus nicht nötig, daß man die Ansichten des Verfassers in jedem einzelnen Falle teilt. Nichtsdestoweniger wird man ihm für seine volkstümliche Darstellung eines der wichtigsten und schwierigsten Fragenkomplexe dankbar sein müssen, die sichtlich bemüht ist, von den brennendsten Problemen des Alltags auszugehen, um sie dann in den grellen Schein der Wirk-

schaftswissenschaft zu rücken und von dem Dunst überkommener Theorien und haltloser Schlagworte zu befreien und den Weg frei zu machen für ein hieb- und stichfestes Erkennen, ohne das unsere niedergebrochene Volkswirtschaft dem tödlichen Zerstörungswerke unzulänglicher und dilettantischer Experimentierungshünfte unweigerlich erliegen muß. „Die tausendfältige Maschinerie der modernen Wirtschaft“, schließt Reiners sein Buch, „ist überaus kompliziert und verwickelt. Wer sie nicht versteht, der wird sie auch nicht verbessern können.“

„Die wirkliche Wirtschaft“ von Dr. Ludwig Reiners ist in der ersten Auflage sehr rasch vergriffen gewesen. Die zweite Auflage ist soeben herausgekommen. Das Buch kostet geb. 5,80 RM. und ist verlegt bei der Beck'schen Verlagsbuchhandlung in München.

Die Wirtschaft ist unser Schicksal.

Laut Bericht der „Rheinischen Lehrerzeitung“ faßte die Ortsgruppe Wuppertal des Deutschen Lehrervereins, eine der stärksten Ortsgruppen der Rheinprovinz, im Anschluß an einen Vortrag „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“ folgende Entschliebung:

Wuppertal-Elberfeld, den 13. März 1931
An den Provinzialverband Rheinland des Deutschen Lehrervereins.

Die Ortsgruppe Wuppertal des Deutschen Lehrervereins sieht in der vor zwei Jahren durch die Geldverknappung der Reichsbank eingeleiteten und später von der Reichsregierung und zahlreichen öffentlichen Körperschaften geforderten Preisabbaupolitik die wahre Ursache der großen Notlage der deutschen Gesamtwirtschaft, deren zwangsläufige Folgen die große wirtschaftliche Not weitester Volkskreise und der Kulturbau auf allen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiet der Volksschule, sind. Sie bedauert aufs tiefste, daß der Deutsche Beamtenbund und der Preussische Lehrerverein sich verweigern, sich der Forderung nach allgemeinem Preisabbau anzuschließen und dadurch — unwillig und zwar, aber doch fahrlässigerweise — mitschuldig wurden an dem großen wirtschaftlichen und kulturellen Elend und an der Notlage unserer eigenen Standesgenossen, der Junglehrer.

Die Ortsgruppe Wuppertal des Deutschen Lehrervereins erwartet von den Spitzenverbänden der Beamten- und Lehrerschaft, daß sie von der verderblichen Forderung nach Preisabbau ablassen und sich für die Stabilisierung des allgemeinen Preisstandes einsetzen. Sie richtet an den Provinzialverband Rheinland die dringende Bitte, das Problem der Währungsstabilisierung und dessen Auswirkung auf die Kulturtragen so bald als möglich zum Gegenstand der Besprechung in allen angeschlossenen Vereinen zu machen und selbst die Forderung auf Stabilisierung des allgemeinen Preisstandes zu erheben.

v. Guérard beim Papst.

— Rom, 7. April.

Der Reichsverkehrsminister v. Guérard ist vom Papst in halbstündiger Audienz empfangen worden. Der Minister stellte auch seine beiden Begleiter Ministerialdirektor Brandenburg und Bronsky dem Papst vor.

Der deutsche Gesandte in Rom, Dr. v. Bergen, veranstaltete ein Essen, an dem auch der Kardinalstaatssekretär Pacelli und andere Würdenträger teilnahmen.

Gespräche mit Kaufmannslehrlingen.

Es sind erst wenige Tage her, seit der Lehrer in der Schule die zur Entlassung kommenden Schüler befragte, was sie denn werden wollten. Da meldeten sich zukünftige Schlosser, Mechaniker, Bauhandwerker — und einige für den Kaufmannsberuf.

Nun sind die Schulmappen von 717 000 jungen Menschen in die Ecke geflogen. Vielfach mußten sie nagelneuen Aktenaschen weichen. Der ereignisreiche, lange erwartete Tag ist da. Der erste Tag im Beruf. Die Arbeitsplätze sind gerichtet, und der Jahrgang 1917/18 tritt ein —

Auch ich mache mich auf den Weg. Ich will einmal erfahren, welche Vorstellungen die heutige Jugend, soweit sie den Kaufmannsberuf ergreift, hat, was sie davon vorfindet und welche Zukunftsaussichten sich bieten. Wir leben nicht mehr in Hanseatentagen und der Geist eines Jünger herrscht nicht mehr überall. Eine neue Zeit ist angebrochen. Trotzdem glaube ich aber, noch einen heranwachsenden Berufsstand zu finden, der die Seele der Arbeit noch erfährt. Die Maschine gibt das Tempo der Arbeit an. Entscheidend ist, ob der Kaufmann es versteht, sie zu beherrschen.

Ich stehe vor einem Kolonialwarengeschäft. Durch das geschmackvoll dekorierte Schaufenster kann ich die Verkäufer hinter dem Ladentisch beobachten. Schnell finde ich den neuen Lehrling und eine günstige Gelegenheit, mit ihm einige Worte zu reden.

„Ich bin jetzt 15 Jahre alt“, beginnt er, „und hatte schon immer Lust, Verkäufer zu werden. Gerade das Umgehen mit Kunden macht mir Freude. Mein Chef sagt allerdings, daß ich vorläufig noch nicht verkaufen darf. Ich muß erst die Ware und die Preise kennenlernen. Später darf ich dann auch das Fenster dekorieren, wenn ich einen Kursus mitgemacht habe.“ Ich frage: „Ja, was machen Sie denn jetzt den ganzen Tag?“ — „Als jüngster Stift muß man erst überall zupacken. Risten öffnen und auspacken, ja, auch den Boden und Staubläppen in Betrieb setzen.“ „Na, und was ist denn Ihr Berufsziel?“

— „Berufsziel? Darüber habe ich noch nicht so richtig nachgedacht. Aber sicher kann ich später einmal Filialleiter oder so etwas werden, wenigstens erster Verkäufer in einer großen Firma.“

Das Gespräch ist beendet. Der Junge gefällt mir. Er weiß, daß es Vorbedingung ist, zu wissen, wie man z. B. Brasilkaffee von den westindischen Sorten unterscheidet, was Rio und was Santos ist. Er muß italienischen Reis und Javareis auseinanderkennen und wissen, daß Soudong kein Rongoo-Tee ist.

Ich befinde mich in der Buchhaltung eines Großkonzerns. Rechenmaschinen rasseln, der Fernsprecher läutet, Schreibmaschinen klappern im Nebenzimmer. Der neue Lehrling sitzt am Tisch und trägt Rechnungen ein.

„Ich will einmal Prokurist werden“, sagt er frank und frei, „es ist heute für den Kaufmann doch unmöglich, sich noch selbstständig zu machen. Darum möchte ich eine leitende Stellung in einem großen Betriebe haben.“

„Was dahin ist aber der Weg noch weit“, bemerke ich. „Das ist mir klar“, antwortet er, „der Betrieb ist hier so groß, daß man nicht sofort alles versteht. Ich weiß aber auch noch nicht, wie man es anstellen muß, um einmal etwas zu werden. Aber es wird sich schon finden.“

Ich freue mich darüber, daß auch dieser junge Mensch ein Ziel wenigstens sucht. Es ist ein Unterschied zwischen dem Lehrling vor 50 Jahren und dem der heutigen Zeit. Früher war die Tätigkeit des Kaufmannsgehilfen nur etwas Vorübergehendes, weil er sich dann selbstständig machte. Diese Möglichkeit ist ihm fast ganz genommen. Heute muß schon der junge Kaufmannsgehilfe ein umfangreiches Wissen und darüber hinaus noch auf einem bestimmten Gebiete etwas Besonderes leisten. Die Anforderungen sind größer geworden, trotzdem der Lehrling in vielen Büros nur eine einseitige Ausbildung erhält, weil die Arbeitsteilung so weit vorgeschritten ist, daß er in drei Jahren wohl kaum durch alle Abteilungen eines großen Unternehmens kommt.

Schließlich führe ich eine kurze Unterhaltung mit dem „Neuen“ eines Handelslaufes. Er hat vielleicht noch den unmittelbaren Zusammenhang mit der eigentlichen

Tätigkeit eines Kaufmanns. Er sieht noch die Ware, die auf Wagen verladen und zum Hafen gerollt wird. Er schreibt noch selbst die Frachtbriele und die Zolllapier und sieht schließlich noch den großen Dampfer, der die Waren in ferne Länder bringt. Auf meine Fragen antwortet er naturgemäß ziemlich unsicher, weil auch er noch nicht mit allem vertraut ist. Aber durch die Art der Tätigkeit im Exportgeschäft kann sich eben dieser Jungkaufmann am meisten unter seinem Beruf vorstellen. Er sagt zu mir:

„Natürlich kann man in der Lehre nicht alles lernen, sondern muß sich auch noch außerhalb des Büros mit seinem Beruf beschäftigen.“ Ich fand diese Bemerkung sehr vernünftig und erwiderte: „Ach so, Sie meinen damit, daß Sie auch noch die Fortbildungsschule besuchen müssen? Oder nehmen Sie noch an privaten Lehrgängen teil, um sich zum Beispiel in einer fremden Sprache auszubilden?“ — „Ja, und noch mehr“, ist die Antwort. Dann erzählt er.

„Mit dem ersten Tag meiner Lehre bin ich Mitglied des Bundes der Kaufmannsjugend im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verband geworden. Dieser Verband bemüht sich sehr um die berufliche Weiterbildung von uns Kaufmannslehrlingen. Ich nehme jetzt erst einen Kursus in der englischen Sprache und einen in Kurzschrift mit. Was aber das Wichtigste ist, ich bin Mitglied einer Scheinfirma.“ „Scheinfirma?“ frage ich, „was ist das?“ — „Das kann Ihnen vielleicht Herr Wenzel besser sagen“, gibt der Lehrling zurück, „weil er nämlich unsere Scheinfirma leitet.“

Herr Wenzel berichtet: „Den Kaufmannslehrlingen ist heute in allen Geschäftszweigen eine ausreichende Berufsausbildung nicht mehr gewährleistet. Aus diesem Grunde hat hier der DGB. zur Selbsthilfe gegriffen. Für seine Lehrlinge und Junggehilfen richtete er sogenannte Scheinfirmen ein. Zur Zeit bestehen im In- und Ausland schon etwa 600 solcher Firmen. Es geht dort genau so zu, wie in einem richtigen Geschäft. Die Uebungsfirmen aller Fachgruppen stehen untereinander im lebhaften Geschäftsverkehr. Nur Geld und Ware sind angenommene Werte. Die Jungkaufleute sollen hier vor

Trohung mit abkommens. ite

Die bisherige Auffassung über den den italienischen Pariser Presse, sinaz ist dariin, daß er französischen Gebirgsjäger in der itation Italiens i Zebatte? — sei italienischen Bo Augenblick zwei damit nur, daß

In das glei Das Flottenabla Reitung, wäre n einer Neuorientie gefallen wäre. R römische Regieru ihrer Haltung ge also zu nichts ge ter Weise zu id Handlungselemen men habe die befriedigend gefü noch ershöwert, beider Länder in meinsame, so da gelassen habe.

Uebereinstim ten Presse jed den Frage der den ersten Gan die Blätter vo darauf, daß di

Englische Reichszähler

Nach eine tische Regierung den Reichsaufba baten freundlich bon eingeladen rigkeiten mach gestattet werde anwendend sein

Die Met britische Regier Chequers erge scher Seite beg private freundi beide Länder

Rabinett

Der König wi

Das Rabi eingereicht, der gab zum Aus rung alle polit

allen Dingen d der Wirtschaft i

So habe ich in den Beruf k und vernimmt, se mutige Auskun gerade für jung den rationalisier zu verstehen, d Kopf hängen lä ten schlecht find beitslosen in R Kaufmannsgehi

Trotzdem h Streikzug über lehrlinge getrof der gefunden S es zum großen Maschinen, und mannsberuf m trizität gelöst, noch der Mittel zwar werden d Sinn der Arbe

Wie sich au nehmungen zu auf der andere Kaufmannsgehi Bund der Kau der körperliche lung seiner jun bemüht. Da fi Kreis gleichg mannen haben nationalen Sa um den berufl um als geschlo

Nun ist der sehen, wie er s keit, weil er n beit geht.

Paris hekt gegen Italien.

Prohung mit der Nichtratifizierung des Flottenabkommens. — Unterredung Briands mit dem italienischen Botschafter.

— Paris, 7. April.

Die bisherige Zurückhaltung Italiens in der Diskussion über den österreichisch-deutschen Zollvertrag und die nichtungünstige Beurteilung dieses Protokolls durch den italienischen Ministerpräsidenten Mussolini ist der Pariser Presse schwer auf dem Nerven gefallen. Bertinaz ist darüber so aus dem Gleichgewicht gekommen, daß er im „Echo de Paris“, dem Blatt des französischen Generalstabs, Italien offen mit der Nichtratifizierung des Flottenabkommens droht. Die Haltung Italiens in der Anschlussfrage — steht dies zur Debatte? — sei ein Prüfstein für die Ehrlichkeit der italienischen Politik. Bleibe Italien bei seiner im Augenblick zweifelhaften Haltung, dann beweise es damit nur, daß es keine ehrliche Verständigung wolle.

In das gleiche Horn stößt das „Journal des Debats“. Das Flottenabkommen mit Italien, so äußert sich die Zeitung, wäre nur dann berechtigt gewesen, wenn es mit einer Neuorientierung der italienischen Politik zusammengefallen wäre. Alles lasse aber die Annahme zu, daß die römische Regierung in keiner Weise die großen Richtlinien ihrer Haltung geändert habe. Das Flottenabkommen habe also zu nichts geführt, außer Frankreichs Flotte in tödlicher Weise zu schwächen und Frankreich eines wertvollen Handlungselementes zu berauben. (?) Das Flottenabkommen habe die französisch-italienischen Beziehungen nicht befriedigend gestaltet, sondern im Gegenteil die Besserung noch erschwert, weil man ein Mittel zur Annäherung beider Länder im Hinblick auf eine, wenn auch nicht gemeinsame, so doch wenigstens parallele Politik unbenutzt gelassen habe.

Uebereinstimmung herrscht in der rechts orientierten Presse jedenfalls darüber, daß „Frankreich in der Frage der österreichisch-deutschen Zollgemeinschaft den ersten Gang verloren hat.“ Ihre Hoffnung setzen die Blätter vom Schicksal des „Petit Parisien“ nun darauf, daß die Kleine Entente sich zu einer „ener-

gischen Haltung aufrichte“, nämlich zur Anrufung des Völkerbundes wegen drohender Kriegsgefahr!

Zu der Unterredung des französischen Außenministers Briand mit dem italienischen Botschafter verlautet, daß beide die neuen Schwierigkeiten in der Frage des Flottenabkommens und die Frage der österreichisch-deutschen Zollunion erörtert haben. Die Franzosen verdrängen Italien, es nehme in der Frage der Zollunion zugunsten Deutschlands Stellung, um in der bereits gelösten Flottenfrage neue Zugeständnisse von Frankreich zu erlangen.

Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit taktische Erwägungen für die italienische Haltung bestimmend sind, daß aber trotz der grundsätzlichen Einigung über die Flottenfrage hinsichtlich des technischen Teiles dieses Abkommens ernste Schwierigkeiten bei der Schlussabhandlung aufgetaucht sind und so die alte Streitfrage der französisch-italienischen Flottengleichheit wieder aufgerollt worden ist, wird man wohl auch in Paris nicht bestreiten wollen.

In erster Linie handelt es sich bei diesen Auseinandersetzungen um das Tempo, das für die Erhebung der Schiffseinheiten von 1933 bis 1936 zu wählen ist. Auf französischer Seite meint man, daß die alten Schiffe während dieses Zeitraumes weiterhin ersetzt werden müßten, damit die französische Marine ihre Überlegenheit über die italienische behaupten könne. Auf italienischer Seite vertritt man den Standpunkt, daß über 1933 hinaus ein Ersatz nicht vorgenommen werden dürfe, um der Flottenabstufungskonferenz, die nach Ablauf des Abkommens vorzugehen ist, volle Handlungsfreiheit zu lassen.

Flottenauschuss verfragt.

— London, 7. April.

Der Ausschuss zur Abfassung des Wortlautes des englisch-französisch-italienischen Flottenabkommens hat sich verfragt und wird erst am 14. April wieder zusammentreten. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ bemerkt hierzu, in englischen Kreisen herrsche die Ansicht, daß, wenn Frankreich nicht bereit sein sollte, Italien in der Frage der leichten Kriegsschiffe entgegenzukommen, ein Abbruch der Arbeiten des Ausschusses zu befürchten stehe.

Den unmittelbaren Anlaß zur Demission des Kabinetts Mironescu bildete der Rücktritt des Handelsministers Manolescu, der vor drei Tagen bei einer Abstimmung über eine Gesetzesvorlage mit der Regierungspartei in Konflikt geriet und sofort seine Absicht kundgab, sein Amt niederzulegen. Alle Bemühungen, ihn umzustimmen, scheiterten.

Titulescu beauftragt.

Der rumänische Gesandte in London Titulescu ist mit der Kabinettsbildung beauftragt worden und hat den Auftrag angenommen. Titulescu wird am Mittwoch in Bukarest erwartet. Die Bildung einer Konzentrationsregierung dürfte jedoch Schwierigkeiten machen, und ob die Auflösung des Parlaments sich vermeiden läßt, ist noch sehr fraglich.

Ostern der Gottlosen.

187 Verhaftungen in Berlin.

Trotz des polizeilichen Verbots der Osterpropaganda der Kommunisten und der Freidenkerorganisation sind am 1. Feiertag und in der Nacht zum Montag in zahlreichen Fällen Versuche unternommen worden, dieses Verbot zu sabotieren. In allen Gegenden der Stadt wurden Demonstrationen abgelehnt. Größere und kleinere Trupps zogen von Haus zu Haus, um Dekreten gegen die Religion zu halten, und ebenso versuchten nachts Klebefolien durch Anschläge Stimmung für die kommunistische Partei und das Freidenkertum zu machen. Dabei ist es vielfach zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Fast in allen Fällen mußte vom Gummistempel Gebrauch gemacht werden, wobei insgesamt 187 Personen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Aufreizung und tätlicher Beleidigung festgenommen wurden. Zu wiederholten Ansammlungen kam es in der Köpenicker Straße, die von den Maiunruhen im Jahre 1929 in Erinnerung ist.

„Rote Ostern“ in Braunschweig.

— Braunschweig, 7. April.

Trotz des Verbots der geplanten Osterkundgebung der kommunistischen Jugend und der Gottlosenverbände waren viele auswärtige Kommunisten erschienen. Die Polizei mußte mehrmals einschreiten. Am Ostermontag versuchten zwei jüngere Kommunisten den Gottesdienst in der Bräderkirche zu stören. Sie ließen einige Glasflaschen mit einer stinkenden Flüssigkeit fallen und entfernten sich. Der Gottesdienst nahm seinen Fortgang. Demonstrationen wurden aber von der Polizei daran gehindert. Dabei wurden 339 Personen festgenommen. Bei zwei Verhafteten wurden Waffen gefunden. Ein Polizeiwachmeister erhielt einen Stich durch den Ischias in den Kopf. Der Täter wurde verhaftet.

Kommunistische Osterkrawalle.

— Hamburg, 7. April. In Flensburg kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu größeren kommunistischen Krawallen und zu Zusammenstößen mit der Polizei. Eine Reihe von Personen wurde verhaftet, darunter der kommunistische Reichstagsabgeordnete Heud aus Besselburen.

Die ersten Wahlergebnisse in Spanien.

— Madrid, 7. April. Nach dem Wahlgesetz für die Gemeindevahlen gelten die Kandidaten, in deren Bezirk keine Gegenkandidaten aufgestellt sind, als gewählt. Auf Grund dieser Bestimmung sind bisher 952 Monarchisten und 179 Kandidaten der antimonarchistischen Parteien gewählt.

Die Vorschläge zur Arbeitsnot.

Die Einzelheiten des Gutachtens.

Die von der Reichsregierung Ende Januar 1931 eingeleitete Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage hatte ihren Auftrag in zwei Aufgaben gegliedert. Die erste umfaßt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; die zweite die Milderung ihrer Folgen. Der erste behandelt die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten von Neueinstellungen; der zweite die Einschränkung ungerechtfertigten Doppelverdienstes.

In der Arbeitszeitfrage

werden vorgeschlagen einmal Verwaltungsmaßnahmen, und zwar Arbeitszeitverkürzung in den öffentlichen Betrieben, reichliche Bemessung der Löhne für öffentlichen Aufträgen und Einwirkung der Schlichtungsbehörden auf Verkürzung der tarifvertraglichen Arbeitszeiten. Sodann aber schlägt die Kommission den Erlass eines Gesetzes vor, das die Reichsregierung ermächtigen soll, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbebezirke oder Bezirke die Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Landwirtschaft und Hauswirtschaft scheiden aus. Von einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit durch das Gesetz wird abgesehen. Die Herabsetzung braucht nicht auf 40, sie kann auch z. B. auf 42 Stunden erfolgen.

Der Lohnausgleich

wird als ein schwieriges Problem angesehen. In der gegenwärtigen Krise erscheine ein Lohnausgleich, der zu einer Erhöhung der Gestehungskosten führen würde, im allgemeinen nicht tragbar.

Die Frage der Doppelverdiener

ist in dem Gutachten ausführlich behandelt. Gesetzliche Maßnahmen werden nicht vorgeschlagen. Die Kommission verlangt, daß die privaten Arbeitgeber ihre Belegschaften daraufhin durchprüfen, ob Arbeitnehmer mit einem anderweitig gesicherten Einkommen ersetzt werden können. Die öffentlichen Verwaltungen sollen bei ihren Beamten und Dauerangestellten die Genehmigung zu bezahlten Nebenbeschäftigungen unverzüglich widerrufen und neue Anträge nur dann genehmigen, wenn die Nebenbeschäftigung mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes verantwortet werden kann.

Die verheirateten Beamtinnen

will die Mehrheit der Kommission durch Abfindung zum Ausscheiden anreizen. Die Minderheit verlangt, daß den verheirateten weiblichen Beamten unter Gewährung einer Abfindung zu kündigen ist, sofern ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert erscheint. Die Kommission hat sich auch mit der

Pensionskürzung bei Arbeitseinkommen

befaßt, glaubt aber, in dieser Frage von einem Gutachten absehen zu können, weil ein Entwurf der Reichsregierung dem Reichstag bereits vorliegt.

Stegerwalds Besprechung mit Schinwell.

Ihr Charakter informativ. — Erörterung der Frage der Arbeitszeit im Bergbau.

— Berlin, 7. April.

Ueber die Besprechungen zwischen dem englischen Bergbauminister Schinwell und dem deutschen Reichsarbeitsminister Stegerwald werden jetzt Einzelheiten bekannt. Die Besprechung hatte im wesentlichen nur einen informativsten Charakter. Irrendwelse Abmachungen sind nicht getroffen worden. Dies war auch deswegen nicht möglich, weil der englische Bergbauminister die Einbeziehung des deutschen Braunkohlenbergbaues in eine internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau forderte. Dieser Forderung mußte von Deutschland entgegengetreten werden. Die Betriebsverhältnisse im Braunkohlenbergbau sind von denen des Steinkohlenbergbaues außerordentlich stark verschieden. Hinzu kommt auch noch, daß ein nennenswerter Braunkohlenbergbau nur in Deutschland besteht, während eine Arbeitszeitregelung für den Steinkohlenbergbau alle Länder erfaßt.

Holland zur Zollermächtigung.

Die deutsche Regierung soll um Auskunft über die Handhabung der Gesetzes gebeten werden.

— Amsterdam, 7. April.

In einer unter dem Vorsitz des früheren holländischen Landwirtschaftsministers Dr. Posthuma abgehaltenen Sitzung der Vertreter der maßgebenden holländischen landwirtschaftlichen Organisationen, an der auch Abgeordnete landwirtschaftlicher Organisationen Dänemarks, Lettlands und Litauens teilnahmen, wurden eingehend die Schwierigkeiten erörtert, die der Ausfuhr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der genannten Länder entgegenstehen.

Namentlich beschäftigte man sich mit dem kürzlich vom Deutschen Reichstag angenommenen Zollermächtigungsgesetz. Es wurde beschlossen, bei den Regierungen darauf hinzuwirken, daß diese sich an die deutsche Reichsregierung mit der Anfrage wenden sollen, auf welche Weise sie das Zollermächtigungsgesetz zu handhaben beabsichtigen.

Die landwirtschaftlichen Organisationen sollen ferner eingehende Erhebungen über die Beeinträchtigung der Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte durch andere Länder, sowie eine Untersuchung der Frage vornehmen, welche Gegenmaßnahmen gegebenenfalls ergriffen werden können. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sollen von dem von den holländischen landwirtschaftlichen Organisationen errichteten „Wirtschaftlichen Abwehrkomitee“, das seinen Sitz im Haag hat, gesammelt werden.

Offizielle Stellungnahme Italiens

Zurückweisung der Pariser Fete durch „Giornale d'Italia“.

Die dem italienischen Außenministerium nahe stehende Zeitung „Giornale d'Italia“ wendet sich in einer redaktionellen Betrachtung mit Entschiedenheit gegen die von Bertinaz im „Echo de Paris“ ausge-

Englische Einladung an Brüning

Reichkanzler und Dr. Curtius begeben sich im Mai nach London.

Nach einer Meldung der „Times“ hat die britische Regierung den Reichkanzler Dr. Brüning und den Reichsaußenminister Dr. Curtius zu einem privaten freundschaftlichen Besuch für April nach London eingeladen. Da jedoch der Zeitpunkt Schwierigkeiten machte, soll der Besuch erst im Mai abgeklärt werden. Die „Times“ hofft, daß auch Briand anwesend sein wird.

Die Meldung der „Times“ ist zutreffend. Die britische Regierung wird eine offizielle Einladung nach Chequers ergehen lassen, die Anregung ist von deutscher Seite begrüßt worden. Es handelt sich um eine private freundschaftliche Ansprache über Fragen, die beide Länder interessieren.

Rabinettsrücktritt in Rumänien

Der König wünscht eine nationale Konzentrationsregierung.

— Bukarest, 7. April.

Das Kabinett Mironescu hat seinen Rücktritt eingereicht, der vom König angenommen wurde. Er gab zum Ausdruck, daß er bei der neuen Regierung alle politischen Kräfte beteiligt zu sehen wünsche.

allen Dingen die oft sehr schwierigen Zusammenhänge der Wirtschaft verstehen lernen.“

So habe ich noch manchen Kaufmannslehrling, der neu in den Beruf kam, befragt. War der eine verärgert und verwirrt, so gab der andere dafür eine treffende und mutige Auskunft. Es muß zugegeben werden, daß es gerade für junge Menschen nicht leicht ist, sich heute in den rationalisierten Betrieben durchzufinden. Es ist auch zu verstehen, daß mancher von vornherein mutlos den Kopf hängen läßt, wenn er hört, daß die Berufsaussichten schlecht sind und daß unter den fast 5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland ein nicht geringer Teil von Kaufmannsgehilfen vorhanden ist.

Trotzdem habe ich aber doch auf meinem kleinen Streifzug überwiegend zielbewußte, fröhliche Kaufmannslehrlinge getroffen, die auch einen gefunden Geist neben der gefunden Seele haben. Und auf die Seele kommt es zum großen Teil an. Die Menschen sind ja noch keine Maschinen, und die entscheidenden Aufgaben im Kaufmannsberuf werden auch heute noch nicht von der Elektrizität gelöst. Der Mensch mit Herz und Hand ist immer noch der Mittelpunkt und wird es immer bleiben. Und zwar werden die den Sieg davontragen, die etwas vom Sinn der Arbeit wissen.

Wie sich auf der einen Seite die Wirtschaftsunternehmungen zusammengeschlossen haben, so finden wir auf der anderen Seite auch den Zusammenschluß der Kaufmannsgehilfen und Lehrlinge. Es ist gerade der Bund der Kaufmannsjugend im DSV, der sich neben der körperlichen Ertüchtigung um die berufliche Entwicklung seiner jungen Mitglieder in hervorragender Weise bemüht. Da finden die neuen Kaufmannslehrlinge einen Kreis gleichgesinnter Berufskameraden. 72 000 Jungmänner haben sich in der Jugendabteilung des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes schon vereint, um den beruflichen Aufstieg gemeinsam vorzubereiten, um als geschlossene Gruppe zusammenzutreten.

Nun ist der neue Jahrgang einmarschiert. Wir wollen sehen, wie er sich bewährt. Ich glaube an seine Tüchtigkeit, weil er mutig und mit ganzem Herzen an die Arbeit geht.

sprochene Drohung, Frankreich werde sich zweimal die Ratifizierung des Flottenabkommens überlegen müssen, wenn Italien in der Frage der deutsch-österreichischen Bollunion einen Rohhandel treibe und sich auf die Seite der Mittelmächte stelle.

Das römische Blatt erklärt, Italien werde sich bei einem solch delikaten Problem mit seiner Entscheidung noch weniger beeilen, wenn man solche erpresserische Versuche mache. Eine Vermengung der Frage des Flottenabkommens mit der des deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommens sei unzulässig. Die könnte übrigens Bertinax von der italienischen Absicht eines „Rohhandels“ sprechen, wenn er selber die PreSSION anrate, das Flottenabkommen zunächst nicht zu ratifizieren.

Ueber die offizielle Stellungnahme Italiens soll nach „Giornale d'Italia“ in den nächsten Tagen eine amtliche Note Genaueres ausfallen.

Parlamentsabordnung bei Laval

Frankreich soll sich in der Unionsfrage nicht mit einer negativen Haltung begnügen.

Der französische Ministerpräsident Laval empfing mit Briand eine Abordnung von vier Senatoren und drei Abgeordneten, die ihm, wie Havas berichtet, im Zusammenhang mit den österreichisch-deutschen Zollangelegenheiten, auf die Notwendigkeit aufmerksam machten, sich nicht mit einer negativen Haltung zu begnügen, sondern einem Zusammengehen eine positive Politik der wirtschaftlichen Reorganisation Europas entgegenzustellen.

Die Abordnung habe ferner den Wunsch zum Ausdruck gebracht, die französische Regierung möge die gesetzlich zulässigen und notwendigen Getreidekäufe selbst leiten und die Unterbringung französischer Spargelder im Auslande beeinflussen, „um so der Politik der internationalen Solidarität zu dienen“. In dieser Hinsicht sei eine engere Zusammenarbeit der betreffenden Parlamentsausschüsse, d. h. des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und der Ausschüsse für Landwirtschaft, für Handel und für Zollfragen ins Auge gefaßt worden.

Mißregelungen in Südtirol.

Nach einer Meldung aus Bozen wurde der frühere Landtagsabgeordnete und ehemalige Sekretär der Tiroler Volkspartei, Michael Walfert, von der dortigen Konföderationskommission zu drei Jahren Zwangsaufenthalt verurteilt. Walfert soll unzulässige Verbindungen über die Grenze unterhalten haben.

Gutachten der Kommission.

Für Arbeitszeitverkürzung und Verbot der Nebenbeschäftigung von Beamten.

Die von dem Reichsminister a. D. Dr. Brauns geführte Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat der Reichsregierung zwei erste Gutachten unterbreitet. In diesen Gutachten befaßt sich die Kommission zunächst auf die Frage der Arbeitszeit und der Doppelverdienens.

Hinsichtlich der Arbeitszeit ist die Kommission zu dem Ergebnis gekommen, daß die Arbeitskrise nicht gelöst werden kann ohne eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. Auf gesetzlichem Wege sollen verschiedene Industrien die Ermächtigung erhalten, die Arbeitszeit, die gegenwärtig gesetzlich acht Stunden beträgt, neu festzusetzen und dabei zu verkürzen.

Den Hauptwert legt der Reichsarbeitsminister dabei auf freiwillige Maßnahmen der Industrie.

In der Frage der Doppelverdienens vertritt sich die Kommission von gesetzlichen Maßnahmen keinen Erfolg, wohl aber glaubt sie durch Verwaltungsmaßnahmen zum Ziele kommen zu können. D. h. die Behörden sollen ihren Beamten und Angestellten jegliche Nebenbeschäftigung verbieten.

Die Heeresausgaben der Mächte

Eine Statistik des britischen Kriegsministers. — Verlässliche Steigerung seit 1924.

— London, 7. April.

Der englische Kriegsminister ergänzt in einer schriftlichen Antwort eine früher gemachte mündliche Erwiderung auf eine Anfrage bezüglich der prozentualen Verminderung der Heeresausgaben verschiedener Großmächte. Danach haben Großbritannien und Japan als einzige diese Ausgaben gegenüber 1924 vermindert, und zwar Großbritannien um zehn und Japan um 1,6 Prozent, während Frankreichs Ausgaben sich um 64 Prozent erhöht haben, oder — wenn man die Ausgaben für die Luftdienste 1930 einschließt — um nicht weniger als 110 Prozent! Italien hat seine Ausgaben um 36 Prozent erhöht, die Vereinigten Staaten um 28 Prozent, Rußland um 184 Prozent. Bei diesen Befragungen sind besonders Beträge, wie z. B. für Befestigungen u. v., die außerhalb des militärischen Budgets bewilligt worden sind, noch nicht einmal eingerechnet. Andererseits erfolgt die Berechnung in jedem Falle zwar in der Währung des in Betracht kommenden Landes, es wurde jedoch keine Veränderung Rechnung getragen, die in der Kaufkraft der Währung zwischen den Jahren 1924 und 1930 eingetreten sein mag. Die Kaufkraft des Pfundes, des Dollars und des Yens hat während dieses Zeitraumes zugenommen, während sich die des Francs und der Lira verminderte.

Militärrevolte auf Madeira.

Die portugiesischen Behörden gefangen-gesetzt.

In Funchal ist es zu einer regierungsfeindlichen Militärrevolte gekommen. Der Gouverneur der portugiesischen Regierung, der Zivilgouverneur und der Militärgouverneur sind festgenommen worden. Die Militär- und Zivilgewalt ist dem General Souza Dias als dienstältestem Offizier übertragen worden. Der portugiesische Ministerrat hat beschlossen, ein Truppenkontingent nach Madeira zu entsenden, um die Aufstandsbewegung in Funchal zu unterdrücken.

Die Kultur im Osten.

Im Anschluß an den in der Nr. 66 des „Aufwärts“ erschienenen Artikel: „Das Unrecht an Oberschlesien“, der in einer klaren, ruhigen, nicht mißzuverstehenden Sprache gehalten war, sollen die folgenden Zeilen etwas eingehen auf die kulturellen Schäden, die jene unsinnige, vom Völkerverbund selbst gezogene Grenzlinie verursacht hat.

War der Osten schon früher an sich kulturell vernachlässigt, so hat er unter der Entwicklung der Dinge noch stärker gelitten. Unsere Westgrenze ist mit einer doppelten Reihe von Universitäten und Hochschulen besetzt, während der Osten nur vier aufweist: Königsberg, Breslau, Greifswald und Berlin, wenn man die beiden letzteren überhaupt mitzählen kann. Zwischen Königsberg und Breslau fehlt es überhaupt an einem starken kulturellen Stützpunkt des Ostens. Das Schulwesen, das Rückgrat unserer gesamten Kultur, wie sieht es damit aus? Überall sehen wir, daß frühere Schulen abgetrennt sind und dafür Neubauten erforderlich wurden, oder daß die bestehenden Gebäude den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entsprechen. Im Volksschulwesen sind die laufenden Ausgaben so hoch, daß die leistungsschwachen Kommunen des Ostens sie nicht mehr tragen oder nur in solchem Umfang erschwinnen können, daß für die Ausstattung nichts mehr übrig bleibt. Im Regierungsbezirk Köslin und im Grenzkreis Großwarthenberg sind die Schulen sogar teilweise wegen Einsturzgefahr polizeilich geschlossen worden. Schülerheime, die besonders in kleineren Städten dringend geboten sind, damit das flache Land an der günstigen Entwicklung des höheren Schulwesens teilhaben kann, sind nur vereinzelt vor-

handen. Die Kommunen haben ferner erhebliche Beiträge für die Berufsschulen zu leisten; sie sind indes durch soziale Abgaben, die auf gesetzlicher Vorschrift beruhen, so belastet, daß sie den Pflichten auf kulturellem Gebiet nur in beschränktem Umfang nachkommen können. Das ist ja gerade das Niederziehende, daß die östlichen Kommunen gar nicht imstande sind, irgendwelche aus ihrer Grenzlage erwachsenden Sonderausgaben selbst zu erfüllen.

Hierfür ein bezeichnendes Beispiel: Auf den Gebirgskämmen des Riesengebirges errichtet die Tschechoslowakei Bauden und Wanderherbergen, lockt damit den Verkehr und tschechisiert das Land. Die in mittelbarer Nähe gelegenen Kreise können aus Eigenem Gleichwertiges ebensoviele entgegenstellen, wie Neubauten vom Kreise Meseritz neu aufgebaut werden konnte.

Welch außerordentlich weittragende Bedeutung die kulturelle Seite des Ostproblems hat, soll noch an einem Beispiel dargelegt werden. Die Polen errichteten in Kattowitz ein großes polnisches Museum als polnische Kulturschöpfung größten Stils. Zielsetzung und Aufbau sind eindeutig von dem polnisch-staatspolitischen Willen diktiert, bei dem Oberschlesien das Bewußtsein der Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Polen zu stärken, den hohen Stand der polnischen Kunst zu zeigen und dazu legen, daß die Kultur des Auslandes auf diesem Gebiet geringer sei. Nun ist ja im Grunde gegen kulturellen Wettstreit beider Völker nichts einzumenden. Wie aber steht es, wenn dabei Kunst und Wissenschaft in den Dienst einseitiger Interessenpolitik gestellt werden? Ist es so unbekannt, daß Polen alle Wissenschaften ganz in die politische Richtung seines Handelns einschaltet? Und sollte es nun mit der Kunst anders sein? Der polnische Museumsdirektor prägte den Satz: „Der Einfluß des Museums soll nicht bloß von didaktisch- und bildend-ästhetischer Bedeutung sein, sondern auch zur Vertiefung des „Nationalbewußtseins“ beitragen.“ Hier muß die deutsche Seite unbedingt dieser Größe eine gleichwertige entgegenstellen.

Für den deutschen Osten muß die deutsche Volksgemeinschaft, wenn auch nur auf Zeit, Opfer bringen; denn Ostnot ist deutsche Not! Emil Scheele

Ein öffentliches Geheimnis ist die neue Art des Spülens geworden, die praktische Hausfrauen erwidert haben. Man soll das so machen: Einige Handvoll Sil-Henkels Bleichmittel — werden in kaltem Wasser aufgelöst und dem ersten heißen Spülwasser beigegeben. Die Rückstände aus der Waschlauge gehen dann viel schneller und leichter aus dem Gewebe heraus. Sie werden staunen, wie fix Sie das Spülen hinter sich haben und wie klar und tafrisch Sie die Wäsche anläßt.

Bethel.

— Christl. Verein junger Männer. Mittwoch 8 Uhr abends Jungmännerkreis. Donnerstag 8 Uhr abends Jungvolk. Freitag 8 Uhr abends Generalversammlung in Gosen.

— Infolge eines Trauerfalls in unserer Familie ist es uns leider nicht möglich gewesen, uns überall so zu verabschieden, wie wir es gern gewollt hätten. Wir danken aber auf diesem Wege für alle Liebe und treue Hilfe, die wir in den vergangenen 5½ Jahren in Bethel erfahren haben.

P. Th. Rueßner und Frau.

Löwen O.-Pr.

Diakonissen-Mutterhaus Bethanien.

Schriftleitung: B. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Suttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schliefel 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:

Dahlien, Gladiolen, Begonien.

Baumschulartikel:

Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Aluminium- u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werkstätten“ d. Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Sil

spült und bleicht ganz unerreich!

Hergestellt in den Persil-Werken!

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden

3-4 junge Mädchen

Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleidern, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatl. Ebenso finden junge Mädchen u. Kinder guten

Erholungsaufenthalt

für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. C. Rosi, Klosterberg 59a.

Bausparvertrag

zu verkaufen! 20% eingezahlt, 12000 Mk. Abschlußsumme. Abschluß April 1928. Schriftliche Angebote unter G 379 an die Geschäftsstelle d. Bf.

Metall-Betten Schlafzim. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden Teils. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Braubach-Wein

Haus Friedrich

Christliches Erholungsheim

nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer

August Friedrich und Frau

Telefon 34. — Prospekte frei.

Kinderhaus

Seimgarten

Begr. 1905

Jugendheim an d. Bergstraße bei Darmstadt.

Erfolg des Elternhauses, vorübergehend oder dauernd. Schule für Schulanfänger und Fortgeschrittene. 15 Kinder.

Kur-Anstalt

Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochhaus unweit Brannlage

Pastor Feikekuren. Prosp. frei!

Kleine christliche Privat-Pension

Otto Roth

Lufkurort Auerbach a. d. B.

Villa, Garten. Sonnige Lage. Liege-

halle. Bürgerl. Küche; Vegetar.

und Rohkost. Bad im Hause.

Preis Mk. 4.—, Mk. 5.—

Unglückliche und Minderbemittelte haben Ermäßigung.



KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH

BIELEFELD TELEFON 1300

Durch Kontrolle des vereinigten Ehemikers Dr. Rodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Honig

garant.

10 Wfd. Dose 10.40 RM, vorwiegend

Stee-Bindendölle 12.20 RM, Dose

Dose 5.90 RM und 6.90 RM, 1½ Wfd.

Dose 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus

Nachh. 30 Wfd. mehr. Gar. Rücknahme.

Dr. Krieger, Borgein 2, Str. Gohl.

Dieser Honig ist auch in Bethel, vereinigter Verkaufsstellen der Anstalt

Bethel, zu haben.